

Abonnements
Werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und besten bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Dritteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Grosband)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Grosband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreizehnhundert Fünftel
25 Gts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Weltbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Nr. 50.

Wiese an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht
abgehen lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingeschrieben.

10. Dezember 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Christliche Fortschritte.

Im „Kapital“ zitiert Karl Marx den alten Heiden Aristoteles mit seinem Ausspruch, daß die Sklaverei notwendig sei, weil die Mühlsteine nicht von selbst sich drehen, die Köpfe nicht von selbst aus Feuer gingen. Er wollte damit beweisen, daß die Sklaverei eines Theiles der Menschen ein notwendiges Uebel sei, wenn der andere Theil so viel Nutzen erlangen sollte, um Wissenschaften und Künste zu betreiben und als freie Bürger den Staat zu verteidigen. Er war also der Ansicht, daß die Sklaverei von selbst wegfallen würde, wenn die notwendige gesellschaftliche Arbeit von Maschinen und Naturkräften besorgt werden könnte. Marx sagt hinzu, daß der alte Heide natürlich nicht ahnen konnte, wie wenig die Sklaverei durch die Erfindung von Maschinen und Entdeckung von Naturkräften abgeschafft, wie sie vielmehr im christlichen Zeitalter nur vermehrt werden würde.

Zu wohl ist es zweifelhaft, ob alle großartigen modernen Entdeckungen und Erfindungen „eines einzigen Menschen Arbeit erleichtert haben“. Christen haben es fertig gebracht, daß die in den Vereinigten Staaten und in Rußland abgeschaffte Sklaverei den Freigelassenen verdoppelte Arbeit gebracht hat und mit ihr verdoppelte Armut, weil sie für Andere sie leisten müssen. Christen haben es bewirkt, daß in Ostindien die Arbeiter weit härter als je zuvor arbeiten, und doch alle Jahrzehnte einmal zu vielen Millionen verhungern müssen, weil die Maschinen ihrer britischen Beherrscher soviel Waaren liefern und soviel Abfall erzeugen, daß die einheimische Industrie unterboten und dadurch ausgerottet, und Indier gezwungen werden, Brodfrucht (Weizen, Reis u. s. w.) massenhaft zu exportieren. Die englischen Christen haben die einheimische Industrie Irlands erdrückt, und dadurch und durch Raub des irischen Bodens zwingen sie die Irländer, für 70 Millionen Dollars Nahrungsmittel, welche sie erzeugt haben, jährlich ohne Entgelt nach England abzuliefern und halb oder ganz zu verhungern bei doppelter Arbeit.

In England selbst konnte noch vor 500 Jahren der Arbeiter mit zwei Tagen Arbeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang alle seine Lebensmittel für sich und Familie für die ganze Woche lang kaufen — jetzt braucht der ländliche Lohnarbeiter die ganze Woche dazu, um kaum halb so viel Lebensunterhalt zu erarbeiten, und fast täglich sterben in England arbeitssame Menschen Hungers, und eine Million Menschen darben jahraus jahrein, während viele Millionen ganz erntet sind. Und so könnten wir alle christlichen Länder durchgehen und in jedem dieselbe Thatsache bestätigt finden, daß alle Entdeckungen und Erfindungen, obwohl sie von Arbeitern gemacht worden sind, das Loos der Arbeiter nicht verbessert, ihre Sklaverei nicht beendet, sondern nur erschwert haben, wenigstens sie jetzt einen besser klingenden Namen, ein heuchlerisch-christliches Gewand angenommen hat.

Dem christlichen Zeitalter war es vorbehalten, die Frauen und Kinder in einer Weise zu versklaven, wie sie selbst dem rohesten Alterthum unbekannt war. In den statistischen Berichten von Massachusetts wird von Carroll D. Wright nachgewiesen, daß noch vor 30 Jahren jeder Handwerker den reichlichen Unterhalt seiner Familie verdienen konnte; jetzt ist es die allgemeine Klage, daß kein Handwerker (wenigstens in den meisten Zweigen) mittels seiner alleinigen Arbeit seine Familie erhalten könne, sondern Frau und Kinder in die Fabrik schicken müsse — Alles infolge der Maschinen, welche die menschliche Arbeit angeblich sehr erleichtert haben sollen. Die noch fortwährende Untersuchung bezüglich der belgischen Nothstände beweist, daß Frauen und Kinder des zarteren Alters unterirdische Arbeit in den Kohlengruben, und zwar oft im 14. und mehrstündigen Tagewerk verrichten müssen, nur um mit der armeligsten Nahrung ihr Leben zu fristen, und daß reine Verzweiflung an den neulichen Arbeiteraufständen schuld gewesen ist.

Es hat wohl zu allen Zeiten Prostitution gegeben; aber daß Frauen aus Noth sich prostituieren müssen, um nicht zu verhungern, das ist ein Fortschritt des christlichen Zeitalters. Es hat wohl zu allen Zeiten schuldlos Nothleidende gegeben; aber daß „Uebersättigung“ die Nothstände hervorgerufen, ganze arbeitende Bevölkerungen in verzweifelte Lagen geführt und alle geistigen und leiblichen Arbeitsweige mit Leuten überfüllt hätte, welche vergebens Arbeit suchen, das ist ein künstlicher Fortschritt des christlichen Zeitalters. Denn, daß die Uebersättigung ganz unnützig und muthwillig durch Befehle herrschender Klassen erzeugt ist, das ist genugam erwiesen.

Zuerst wurde der Boden monopolisirt, um die Arbeiter zu Sklaven, oder Hörigen und Frohndnern zu machen; dann wurde das allgemeine Tauschmittel, das Geld, monopolisirt, und das Zinsnehmen für seine Vermietung gesetzlich autorisirt. Aber erst im christlichen Zeitalter wurde der Ausbeutung des

Menschen durch den Menschen die Krone aufgesetzt, indem auch die Entdeckungen und Erfindungen monopolisirt, die Wissenschaften und Künste zum Gemeingut einer Ausbeuterklasse gemacht wurden. Und nur ganz neuerdings erst ist dieses letztgenannte Monopol gebrochen worden; aber nicht durch den christlichen Staat und die christliche Gesellschaft, sondern durch das Bedürfnis nach Absatz der kapitalistisch produzierten Bildungsmittel (Bücher, Zeitschriften, Bilder, Maschinen, Schulgeräte u. c.). In der allgemeinen Volksschule, welche ein sehr junges Institut ist, wird noch heute den Kindern der Arbeiter nur die Spreu, statt des Weizens der Bildung dargeboten.

Alles ist monopolisirt, um die Arbeit arm und unterwürdig zu erhalten. Das ist Staats-Raison und innerhalb der Monopolistenklasse wohlverstandene Theorie und Praxis. Und es war ein ganz gefahrloses Thun, so lange die gelehrte Klasse durch ihr Interesse an die herrschende Klasse gefesselt und gewohnt war, deren Theorien und praktischen Künste zu verbreiten und sich selbst zu Unterdrückungswerkzeugen für sie gegen die Arbeiter herzugeben. Der Gelehrtenhinter, durch das Monopol der Bildungsmittel, besonders der altklassischen Sprachen, aufrecht erhalten, trug nicht wenig dazu bei, die Aufgabe einer allgemeinen höheren Volksbildung zu verballhornen. Die Volksschule selbst bis hinauf zur höheren Berufsschule wurde lastrirt und zur Verdummungsanstalt umgemodelt.

Die von Pestalozzi, Fröbel, Diesterweg und andern großen Schulreformatoren ausgebildeten besseren, selbstdenkenden Schulmeister haben in der halbhundertjährigen Periode (1800—1850), da man ihnen noch die Fägel schienen ließ, weil man ein gebildetes Arbeitervolk für leistungsfähiger hielt als ein rohes, das Wunder vollbracht, wodurch das Bildungsmonopol so gebrochen wurde, daß seine Folgen nie mehr ausgerottet werden können. Wohl hat man seitdem in den meisten Staaten die Volkserziehung planmäßig zu verhindern oder verpsüfchen gestrebt, und das ist in nicht geringer Ausdehnung gelungen. Man hat in weiten Landschaften wieder die christliche Volksverdummung in neue Blüte gebracht und die Ausbildung des Lehrstandes in enge, schimpfliche Kreise eingeschlagen. Aber zu spät. Es ist schon so viel Tagewerk in's arbeitende Volk eingebracht, daß die alte Weisheitsnacht nie wieder anbrechen kann, daß vielmehr das Volk selbst aus seiner Mitte tüchtige Denker und Aufklärer in großer Zahl erzeugt.

Der menschenwürdige Fortschritt wird den „christlichen“ verdrängen.

(„Sozialist“ in Newyork.)

Die Kriegszettelungen der Diplomatie und die Sozialdemokratie.

Der feudalistische Bourgeoisstaat findet es von Zeit zu Zeit notwendig, einen kriegerischen Krieg in die Welt zu setzen. Als Ursache für einen solchen Krieg werden von den Machthabern immer wahre oder eingebildete Volksinteressen vorgehoben. Die diplomatischen Zettelungen haben den Zweck, die Kriege den Völkern durch Verdeckung der wirklichen Beweggründe annehmbar zu machen. Die Beweggründe zu den Kriegen der neuen Zeit haben ihren Grund nicht in allgemeinen Volksinteressen, durch die Kriege werden allein die Interessen der Machthaber gefördert. Bald will der Machthaber durch Kriegszug die Reichthümer in der Staatsverwaltung verdecken, bald hat er den Zweck, das Streben des Volkes nach eigener Verwaltung seiner Angelegenheiten zu hintertreiben, bald führt der persönliche Uebermuth zu Eroberungskriegen, wie sie wilde und halb wilde Völker führten, bald ist die Lust der Machthaber am Kriege selbst die Ursache des Krieges: die Friedensmänner werden zu langweilig, man muß den großen Militärapparat in voller Wirksamkeit sehen, um seine Nothwendigkeit dem Volke darzutun.

Alles dies beweist hinsichtlich die neuere Geschichte. Die französische Republik von 1789/96 wurde von den feudalen Machthabern wegen ihrer Gefährlichkeit für das feudalistische Staatswesen bekämpft. Die Republik siegte, aber die fortwährende Kriegesgefahr brachte einen Kriegsmann erster Klasse, Napoleon I., an die Regierung, und dieser Kriegsheld erregte fortwährend Kriege — nicht im Interesse des französischen Volkes, sondern aus Liebhabelei am Kriegsspiel, bis er das Spiel verlor. Nebenbei dienten diese Kriege allerdings zu Ausbreitung der Ideen des Bourgeoisstaates, aber der Zweck derselben war es nach Napoleons Sinne nicht. Nach diesen großen Kriegen, welche den Wohlstand Europas zerstörten, herrschte in Folge allgemeiner Ermattung Friede. Dann brachten die Revolutionen von 1830 und 1848 eine kurze Unterbrechung. Der Bourgeoisstaat wollte sich von den Anhängeln des Feudalismus befreien, was ihm nur theilweise gelang. Die Bourgeoisrevolutionen sind nun abgeschlossen. Die Bourgeois haben sich zu Geldbaronen entwickelt und theilen die Herrschaft verhältnißmäßig mit den Grundbaronen, und weiterfern in der Unterdrückung des Volkes. Bei solchen Verhältnissen konnte in Frankreich wieder ein Soldatenherrscher, der kleine Kesse des großen Napoleons, als Haupt der Geldaristokratie die Regierung an sich reißen. Das Geld braucht Kriege, um haltliche Junge zu züchten, und Napoleon III. wußte die Vorliebe des Kapitals für hohe Zinsen, wie sie der Krieg gewährt, in Verbindung zu bringen mit seiner Lieblingssache, alle die Herrscher, welche seinen Onkel gedemüthigt hatten, zu bekriegen.

1854 kam Rußland an die Reihe, das die Macht des Onkels 1812 vernichtet hatte. Es handelte sich angeblich um den Sturz der russischen Welt Herrschaftspläne. Der Sturz fand nicht statt, die Völker und namentlich Frankreich hatten dabei nicht den geringsten Gewinn. 1859 kam Oesterreich an die Reihe. Auch dieser Krieg hatte für die Völker Italiens nur halbe Resultate. Aber dem Chauvinismus Frankreichs wurde durch die Eroberung von Ruß und Savoyen geschmeichelt und die Geldaristokratie lag zu Füßen Napoleons III. In Mexiko fand Napoleon III. sein Moskau in seinem Nachbarn. Das französische Volk kam wieder etwas zu sich und erinnerte sich seiner Aufgabe der Verbreitung der revolutionären und sozialistischen Gedanken. Da waren weitere Zettelungen notwendig. Bismarck hatte die Autokratie in Preußen vollendet und war vorbereitet, das Erbe der Revolution von 1848 hinsichtlich der politischen Konstitution Deutschlands mit Gewalt durchzuführen, durch Krieg in preussisch-autokratischem Sinne zu verwickeln. Oesterreich wurde befestigt, und der preussisch-deutsche feudalistisch-nationalliberale Bourgeoisstaat gegründet. Napoleon verlangte gemäß mündlicher Abmachung zu Aufrechterhaltung seines Ruhms ein Stück Landes, Belgien. Bismarck wurde grob, und der Krieg von 1870 endigte mit der Eroberung von Elsass-Lothringen. Nicht das geringste Volksinteresse war bei diesen Kriegen im Spiel, lediglich die Interessen der Herrscher. Deutschland wäre im glücklichen Moment ohne Blut nach seinem ganzen Territorium zur nationalen Einigung gekommen, aber das paßte den Gewaltthätern nicht. Um zu herrschen, muß man die Völker auseinander heben, und die Deserteure bejagen in gleicher Weise wie die Nationalliberalen die Gesandten des Junkers Bismarck. 1878 brauchte dann wieder der Autokrat von Rußland einen Krieg, die Befreiung der Balkanvölker war als Schlagwort ausgegeben; heute sehen wir, daß die Knechtung der Balkanvölker die wahre Absicht des Krieges war, und Rußland wird diese Knechtung zu Stande bringen, falls es sich nur dazu versteht, dem Bundesgenossen Bismarck, dem herabgekommenen Oesterreich, einen Brocken der Beute zuwerfen, was durch Vermittlung des „ehelichen Walkers“ und zum Nachtheil der Völker Oesterreichs und Europas auch geschehen wird, falls der russische Autokrat bei Laune ist.

Wir sehen aus der Geschichte der neueren Zeit, die Völkerinteressen sind bei allen diesen Kriegen keine Nebenache, nirgends kommen Volksinteressen ins Spiel, überall nur Interessen der Herrscher. Das Volk ist bei diesen Kriegen nur dadurch befristet, daß es im Interesse seiner Herrscher Gut und Blut hergeben muß.

Es ist daher notwendig, daß die Arbeiter aller Nationen, namentlich aber die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands, sich diese geschichtlichen Thatsachen klar vor Augen halten, daß sie einsehen lernen, daß ihre Interessen ganz andere sind als die der Regierenden. Arbeiter Deutschlands und Frankreichs, die ihr unter dem Joch des Kapitalismus schmachtet, erhebet gemeinam eure Stimmen und protestirt gegen die Verhöhnung der beiden Völker, protestirt gegen deutsche und französische Deserteure, erklärt, daß das Volk kein Interesse hat, Eroberungen zu machen, erklärt, daß kein Volk und keine Provinz durch Waffengewalt einem Staatswesen einverleibt werden darf. Elsass-Lothringen soll nicht zwischen Deutschland und Frankreich zum Junkapitel werden. Die Arbeiter müssen die Regierenden durch das Gewicht ihrer Stimmen, durch ihre Masse zu zwingen, den Frieden zwischen den beiden Nationen aufrecht zu halten. Jeder Krieg zwischen den beiden Nationen wird die Verwirklichung der sozialen Gesellschaft verzögern, er wird die Macht des Kapitalismus stärken und die Kraft der Völker, welche ja die Kosten des Krieges zu tragen haben, schwächen. Auch gegen einen Krieg mit Rußland muß in gleicher Weise und aus gleicher Ursache angekämpft werden. Erobert das autokratische Rußland auch einige Länder, — die in Deutschland und Frankreich in nicht weiter ferne ferne soziale Umwälzung, die innige Verbindung dieser Nationen und aller sozialistisch organisirten Nationen wird dann leicht das russische und alle unterjochten Völker Europas zu befreien im Stande sein. Je mehr die Diplomaten die Völker gegen einander heizen, desto eifriger müssen die Arbeiter aller Länder sich ohne Unterschied der Nationalität die Hand reichen.

Arbeiter aller Länder, vereinigt euch, laßt eure Stimmen den Tyrannen mit Bohnensäckeln in die Ohren schallen, daß sie in Schrecken und Angst und Verwirrung gerathen. Dann ist die Zeit da, die Regierung in die Hand zu nehmen und die soziale Ordnung, die wahre Brüderlichkeit der Menschen, Völker und Nationen einzurichten. Am.

Christlich-soziale Musterinstitute.

Wie das Pfaffensthum seinen „Veruf zur Gesellschaftsreform“ dokumentirt.

IV.
(Schluß.)

Leben wir in der verkehrten Welt, so könnte das Ablehnungsschreiben des Staatsamwals Günther nicht anders lauten, als wie in voriger Nummer angegeben. Die freche Art, wie dieser Wiedermann das schändliche Verahren des Mangelbors zu beschönigen, in das Gegenheil dessen, was es in Wirklichkeit ist, zu verdecken sucht, könnte man vielleicht einem bezahlten Bertheibiger zu Gute halten, nimmermehr aber einem Manne, der dazu angestellt ist, ausschließlich dafür zu sorgen, daß dem Recht Genüge geschehe, daß kein Vergehen ungeahnt bleibt.

Sie haben die Pflicht in gewissenloser Weise verlegt, Herr Günther! Sie haben durch Ihr Ablehnungsschreiben, das von Unwahrscheinlichkeiten und Verdrehungen strotzt, sich zum Mitschuldigen des Mangelbors gemacht, Sie gehören mit ihm an den Pranger des Berbrecher-Albums. Und es soll Ihnen Ihr Recht werden, wir werden Ihr Leben und Ihre Thaten öffentlich zur Schau stellen, denn wir sind über Ihr Vergehen sehr gut unterrichtet. Auch wir haben „umfangreiche Ermittlungen“ angestellt, deren Ergebnisse mehr Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben als das, was Sie bei Ihren angeblichen Ermittlungen als Ergebnis bezeichnen, was Sie aber bei der ersten Prüfung bereits als elende Sophisterei ergibt.

Oder ist es nicht die höchste Sophisterei, zu sagen, gegen die Annahme einer gewissen Mithandlung sprächen „sowohl die Persönlichkeit als die amtliche Stellung“ des Mangelbors? Die Persönlichkeit eines Mannes, der bereits zur Zeit seiner Amtierung in Deepen Schulfinder in ähnlicher Weise mißhandelt und, als er nach dem Rettungshause verlegt wurde, diese Experimente mit Behagen wiederholte! Die Persönlichkeit eines Mannes, der ein erwachsenes Mädchen unter dem Vorwand, ihm das Abendmahl erteilen zu wollen, in die Anstalt lockt und es dann mißhandelt, daß es wochenlang arbeitsunfähig ward! Und die amtliche Stellung soll ein Gegenbeweis sein! Also wer im Amt ist, kann kein Verbrechen begehen? Oder heißt das nicht, wer im Amt ist, kann jedes Verbrechen begehen, denn weil er es im Amt begeht, ist es kein Verbrechen!!

Genialer Staatsanwalt, Sie haben hoffentlich noch viel Platz für Orden und Auszeichnungen, Ihnen kann, Ihnen wird gehalten werden! Der Pflarrer ist unschuldig — kein Engel ist so rein! — Schuldig allein die Bertha Löffler, von deren Vergehen Sie nicht entrückt genug sprechen können. Doch stellen wir Ihrer Darlegung einmal den wahren Sachverhalt gegenüber, konstatieren wir die Thatsachen, die Sie in Ihrer Darlegung absichtlich — vergessen haben.

Bertha Löffler verlebte ihre ersten Jugendjahre in Thüringen (Rarzhil bei Eisenach). Nachdem ihre Mutter schon frühzeitig gestorben, heirathete ihr Vater zum zweitenmale und verzog später von dort nach dem westfälischen Rothenreier, in die Gegend von Langendener. Da bi

weitere Ehe Töpfer's keine glückliche war, gab sich der Vater allmählig dem Trank hin, während die Stiefmutter die Kinder zum Bettel aus- schickte, wobei sie ihnen gab, sich falsche Namen beizulegen und falsche Angaben zu machen. Kamen die Kinder dann nach Hause, ohne „ge- nügen“ erbeutelt zu haben, so wurden sie mit Schlägen traktiert. Als sie wegen des Bettelns vor Gericht geladen wurden, gebot ihnen die Stiefmutter, sie sollten ausfragen, daß sie das Betteln aus eigene m Kniebilden hätten. Sie haben dies jedoch nicht gethan, vielmehr der Wahrheit gemäß ausgesagt, daß sie seitens der Eltern zum Betteln aus- geschickt wurden. Die Stiefmutter, darüber erbost, hatte sie dann wieder mißhandelt und namentlich der Bertha mit einer Feuerzange Nadeln und Kopf total zerschlagen. Daraufhin wurden sie behördlich den Eltern genommen und Bertha im Rettungshause zu Schilde'sche untergebracht; was aus ihrem Bruder geworden, darüber hat sie nichts erfahren. Dies das Vorleben der Bertha Töpfer; den weiteren Verlauf siehe in voriger Nummer.

Nicht wahr, Herr Staatsanwalt Günther, wir haben umfangreiche Ermittlungen angeestellt? Was mir hier mittheilen, sind Thatsachen, an denen sich nicht täuteln läßt, was aber die angebl. eigenen Aussagen der Bertha Töpfer betrifft, so haben diese denselben Un- werth, wie Aussagen, welche mittelst der Folter erzwungen werden, denn Bertha Töpfer wird widerrechtlich gefangen ge- halten.

Denn Sie, Herr Staatsanwalt Günther, dann weiter argumentiren:

Es wäre auch in der That nicht abzu sehen, warum ein Recht, welches der Besserungswilligkeit bezüglichen der ihr im strafmündigen Alter Ueberwiesenen gesetzlich eingeräumt ist, ihr bezüglich der im strafmündigen Alter Zugebrachten nicht zuzuschicken sollte?

so sind wir Ihnen sehr dankbar für diese Ihre Gefühlsregung. Die Herr- schaft der Kante wiederherstellen, für Kinder wie für Erwach- sene, das ist Ihr Ideal, nicht wahr, Herr Günther? — Wir werden beim „Väterchen an der Kama“ einen Knuten-Orden für Sie beantragen.

Sodann behaupten Sie, die von der Bertha Töpfer ausgeführten Diebstähle seien der Anlaß zu der Züchtigung (wie Sie es nennen) der- selben seitens des Pastors Rangel'sdorf gewesen. Worin diese „Diebstähle“ bestanden, haben wir bereits gezeigt. Das Mädchen hatte sich 2 Eier und einen Haarpfeil im Werthe von 15 Pf. angeeignet, bei Beurtheilung welcher That noch in Betracht zu ziehen ist, daß sie, obwohl schon 19 Jahre alt, nie Geld im Besitze hatte, da ihr Lohn an das „Rettungs- haus“ gezahlt wurde, und sie bei jedem Bedürfniß sich an die drei Stunden entfernte Anstalt zu wenden hatte. Außer Stände, sich einige Haarnadeln anzuschaffen, um ihr Haar aufstecken zu können, nimmt sie sich einen Haarpfeil im Werthe von 15 Pf. — welche ein Verbrechen! Was sodann die Entwendung der zwei Eier betrifft, so denke man sich, was das heißt auf einem Bauernhofe, wo viele Hühner sind und insolge dessen häufig Eier (sogulagen) herumliegen! Wenn der Bauer Niederbedmann Schamgefühl besäße, so würde er sich geschämt haben, dies auch nur zu erwähnen. Aber bei diesem Bauern soll es mit dem Essen für die Diensthofen gerade nicht sehr reichlich hergehen. Kann man hier doch überall die Kinder nachfolgenden Reim singen hören:

„In einem Ort bei Herford, — Da gibt es Ruder viel, — Beson- ders wohnt ein Ruder dort, — Der treibt ein böses Spiel. — Der hat 'ne Dienstmagd engagirt — Aus dem Schilde'schen Rettungshaus, — Doch die ist gründlich angeführt, — Da gibt's nicht viel vom Schmaus, — Bei schwerer Arbeit, hart und viel, — Reicht ihr die Kraft nicht aus, — Sie denkt, das ist ein böses Spiel, — Ich trin' zwei Eier aus...“

Mit einem Wort, die Entwendung von zwei Eiern und einem Haar- pfeil ist unter den geschilderten Umständen sicher sehr milde zu beur- theilen. Wenn Damen der sogenannten besseren Gesellschaft, „Langfinger“, so wird das in jenen Kreisen gewöhnlich, „Kleptomane“, fränkische Reizung zum Stehlen, genannt, bei einem armen, völlig mittellosen Dienstmädchen aber wird die geringste Aneignung, wenn auch aus Noth begangen, Diebstahl genannt, der streng bestraft werden muß. Wo- für sind wir denn fromme Christen, die da salbungsvoll über das Gleichniß vom Splitter und Balken predigen! Ja, ja:

„Nimm ein paar Eier, bist Du Sänder,
Rein, mehr als das, bist Du Dieb,
Nicht Gott, noch Menschen lieb!
Nimm tausend Thaler, bist Du Schwindler schon,
Doch nimmst Du eine Million,
Bist Du nur Gränder!“

Nicht wahr, Herr Günther, das ist die moderne Moral?

Ferner, plädiren Sie, sei „eine strenge Züchtigung des in hohem Grade vernachlässigten Mädchens durchaus am Plage gewesen.“ Wir richten an alle Diebstahler, welche die Bertha Töpfer näher kennen gelernt, mit Ausnahme derjenigen, welche am Verbrechen gegen dieselbe betheiligt sind, die Frage: Ist das wahr oder ist es nicht im Gegentheil ein anständiges, bescheidenes und fleißiges Mädchen? Wie können Sie sich, Herr Staatsanwalt Günther, erdreisten, das Mädchen ein im hohem Grade vernachlässigtes zu nennen? Glauben Sie sie deshalb so beschimpfen zu können, weil sie arm ist? Hui über Sie!

Weiter schreiben Sie: „bei Abwesenheit und Verhinderung der mit der Bormahme der Züchtigung sonst beauftragten Personen hat sich Pastor Rangel'sdorf der Nähe (i) derselben persönlich unterzo- gen.“ Da muß der Herr Pastor wohl gar noch einen Orden dafür haben, daß er sich der „Nähe des Schlags“ persönlich unterzogen? Diese Nähe scheint bei Pastor Rangel'sdorf schon mehr Vergnügen zu sein, da er sich derselben fast immer persönlich unter- zieht. Für einen Mann, der sich erwachsene Mädchen unter der Vor- sorge nach der Anstalt rufen läßt, er wolle ihnen das Abendmahl erteilen, um sie sodann derart zu schlagen, daß sie wochenlang arbeits- unfähig sind — für einen solchen Unmenschen ist das Schlagen doch wohl mehr Wohlthun als Mißthat!

Nach Ihrer Angabe, Herr Staatsanwalt Günther, soll Pastor Ran- gel'sdorf dem Mädchen nur 22 Nadeln mit einem dünnen Rohr- Rode (von ungefahr 1 Zentimeter Dicke) versehen haben, welche daumen- breite (i) Strizmen zurüchdeln, dem Mädchen längere Zeit Schmerzen verursachen und es auf 12—14 Tage arbeitsunfähig gemacht haben. Wo haben Sie das her, Herr Günther? Das ärztliche Gutachten, resp. Attest des Herrn Dr. Ranchoff lautet doch dahin, daß sich bei vorgenom- mener Untersuchung ergeben habe, daß sich mehrere 10 Zentimeter lange und 6 Zentimeter breite Blutunterlaufungen am Oberkörper der Bertha Töpfer vorgefunden, das allgemeine Befinden sei gestört u. a., das Ganze sei Folge einer groben Mißhandlung! und stimme die Angabe, daß die Verletzungen durch Schläge mit einem dicken Rohr-Rode zugefügt seien, mit der Beschaffenheit der Verhältnisse vollkommen überein.“ Wie stimmt das zu Ihrer Angabe, Herr Günther? Sie müssen kolossal breite Daumen haben, Herr Staatsanwalt, Daumen von sechs Zentimeter Breite! Wo haben Sie Ihre Informationen darüber eingezogen? Beim Thäter Pastor Ran- gel'sdorf etwa? Oder liegt absichtliche Fälschung Ihrerseits vor?

Indem Sie dann weiter die dem Mädchen zugefügte Züchtigung (wie Sie es nennen) selbst als eine harte bezeichnen (wie gnädig!), sind Sie aber auch gleich wieder mit Entschuldigungsgründen für Pastor Rangel'sdorf bei der Hand — wobei Sie sich bemühen, das Mädchen zu beschimpfen! Die Krone Ihres Nachworts ist aber unzweifelhaft der- jenige Theil Ihrer Leistung, wo Sie behaupten: „Wenn auch eine Ueber- schreitung des Züchtigungsrechtes angenommen werden könne, so sollte es doch für die Befristung des Pastors an dem für die Befristung unerlässlichen Moment, daß er wissenschaftlich das Züchtigungs- recht überschritten.“ Da hört denn doch Alles auf, — oder sind Sie bereits so schwachsinzig geworden, daß Sie das Strafge- richt nicht mehr kennen? Pastor Rangel'sdorf könnte also ruhig An- stalts-Jügelinge totschlagen, er brauchte dann nur zu befunden, er habe das Züchtigungsrecht vorgenommen und dasselbe wissenschaftlich nicht über- schritten, so wäre die Sache damit erledigt? — Gemach, ihr Herren, in der Annäherung zu § 223 des Str.-G.-B. heißt es unter anderem: „Bei satelärliger Ueberbreitung des Züchtigungsrechtes findet § 230 des Str.-G.-B. Anwendung.“ Wir behaupten indes, daß Pastor Rangel's- dorf das Mädchen absichtlich mißhandelt hat! Doch selbst wenn dies auch nicht der Fall, so hätte doch § 230 des Str.-G.-B. in Anwendung zu kommen, der da besagt: „Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines Andern verursacht, wird nur G-fängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 900 Mark bestraft.“ „War der

Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden! Herr Staats- anwalt Günther, existirt dieser Paragraph für Sie nicht? Oder lassen Sie denselben absichtlich außer Acht? Pastor Rangel'sdorf war vermöge seines Amtes und Berufs als Pastor erst recht zur Aufmerksamkeit verpflichtet, daher hätte mindestens Absatz 2 des § 230 des Str.-G.-B. auf ihn in Anwendung zu kommen! Drei Jahre Gefängnis mindestens gehörten dem Pastor Rangel'sdorf laut Straf- gesetzbuch allein für die Mißhandlung der Bertha Töpfer! Außer dem besagt § 234 des Str.-G.-B.: „Wer sich eines Menschen durch List, Drohung oder Gewalt bemächtigt, um ihn in hilf- loser Lage aufzufuchen, oder in Sklaverei, Leibeigenschaft, oder in aus- wärtige Krieges- oder Schiffsdienste zu bringen, wird wegen Men- schenraub mit Zuchthaus bestraft. Auch dieser § 234 wäre auf Pastor Rangel'sdorf anzuwenden, denn er hat die jetzt fast 20 Jahre alte Bertha Töpfer am 23. Juli d. J. gewaltsam aus dem Dienste geholt, und hat sich unter Verhelfen gewaltsam ihrer Bemäch- tigung, hat sie gewaltsam entführt — verschwinden lassen, und seit jener Zeit, 23. Juli d. J., wird die Bertha Töpfer gewaltsam widerrechtlich gefangen gehalten! Also im's Zuchthaus mit dem Burtschen Rangel'sdorf, dort gehört er laut § 234 d. Str.-G.-B. hin! — Und Sie, Herr Staatsanwalt Günther, gehören ebenfalls dort- hin, da Sie durch Ihr Verhalten Anlaß haben an den Verbrechen Rangel'sdorf's! — Im Volke hört man, wie gesagt, schon die Kreu- zungen laut werden, „die Bertha Töpfer sei jedenfalls ums Leben ge- bracht, um das corpus delicti dieses Pastor Rangel'sdorf'schen Ver- brechens aus der Welt zu schaffen!“ — Wir wiederholen hier- mit unsern lebhaftesten Protest gegen derartige Schandthaten, wie hier vorliegen, und verlangen, daß die widerrechtlich gefangen gehaltenen Bertha Töpfer unverzüglich in Freiheit gesetzt, die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen und entsprechend bestraft werden!

Der Richterspruch der öffentlichen Meinung ist gefällt, derselbe lautet: An den Schandpfeil mit allen denen, welche an dem Verbrechen betheiligt! Dieselben seien denn somit zur Einverleibung in das Verbrecher- Album geweiht: 1) Pastor Rangel'sdorf am Rettungshause zu Schilde'sche; 2) Superintendent Huchzermeyer in Schilde'sche; 3) Pastor Siebold in Schilde'sche; 4) Staatsanwalt Günther in Schilde'sche; 5) Hausvater Behle am Rettungshause zu Schilde'sche; und als ihr mehr blindes Werkzeug 6) Kolon Niederbedmann in Cloer- bissen bei Herford. Auch Dr. Klare hat sich durch sein Verhalten zum Rit- schuldigen gemacht. Die Namen der übrigen Betheiligten werden wir gelegentlich zum selben Zwecke veröffentlichen. Und daß alle diese und derartige Schandthaten zur allgemeinen und weitgehenden Kennt- nis auch außerhalb dieses Kreises gelangen, dafür werden wir Sorge tragen, und wir sind gewohnt, Wort zu halten. Denn Veröffent- lichung derartiger Schandthaten ist das wirksamste Mittel, daß das Volk die Wölfe in Schafsheiden erkennen lerne.

„Wie viel der Schmerzen trug in dumpfem Grollen
Ein ehles Volk, gebragt die stolze Kraft,
Doch es erwacht einst bei des Donners Rollen
Und schüttelt sich in seiner Eifenhaft.“

Darum werdet nur gleich, ihr stolzen Herren, die Sonne der Erkenntnis steigt empor!

Das nächste Mal werden wir die Pastor Wobeschwing'schen Anstalten und des letztgenannten Herrn sonstige Unternehmungen ins rechte Licht stellen und sodann auch Leben und Thaten der vorgenannten, sowie noch einiger anderer dazu gehörenden Vertreter der patenitirten Moral unter die Lupe nehmen. Mögen jene auch darüber zernern, ihr Doh soll und nicht abhalten, Recht und Wahrheit zu verteidigen und das Schlechte und Unwahre ans Tageslicht zu ziehen und zu bekämpfen.

„Wer der Narren Doh verbirgt,
Dem werden die Weisen hoch gestimt.“

Die rote Behme.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 8. Dezember 1898.

— Unsere in Frankfurt am Main verhafteten Genossen be- finden sich nicht nur noch immer in Unterjuchungshaft, sondern ihre Zahl wird noch täglich durch weitere Verhaftungen ver- mehrt, sie beträgt nach den letzten Nachrichten bereits 47. Die Polizei- behörden haben nämlich noch immer nicht das nötige Material, dessen sie bedürfen, um unseren Genossen den Strick zu drehen, und deshalb wird aufs Geratewohl gefaßt und verhaftet, in der Hoff- nung, entweder etwas Geschriebenes zu „finden“ oder eine Aussage zu erpressen, die sich in dieser Richtung verwerthen ließe.

Das ist überhaupt das System, nach dem seit einiger Zeit auf Befehl von Oben gearbeitet und — vorgearbeitet wird, und daher richten wir an die Genossen allerorts die dringende Aufforderung, unausgesetzt auf der Hut zu sein, und namentlich dafür zu sorgen, daß absolut nichts bei ihnen ge- funden wird, was freibare Staatsanwälte als „geheime No- tizen“ auch nur deuten könnten. Namentlich bei geselligen Zusammenkünften, und seien sie noch so harmloser Natur, unterhalte man keine Tischen, Notizbücher u. a. vorher aufs sorgfältigste und lasse womöglich alles Gejriebene in den Druf wandern. Wer diese elementaren Sicherheitsmaßregeln nicht streng beobachtet, ist unter Umständen schlimmer als ein Verräther, macht sich aber jedenfalls eines trivialen Leichtsinnes schul- dig, der nicht hart genug verurteilt werden kann.

Ferner machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß Niemand zu einer Aussage gezwungen werden kann, von der er Grund hat, vorzusehen, daß sie ihn selbst belasten könnte. Jeder Versuch des Untersuchungsrichters u. a., eine Profession in dieser Richtung auszuüben, ist strafbar. Lasse man sich also gegebenenfalls durch keinerlei Drohung einschüchtern, und verweigere man lieber jede Aussage, als durch unüberlegte Aeußerungen sich und Andere zu schädigen. Jedenfalls überlege man jede Aussage vorher aufs Genaueste, und lasse sich zu keiner schnelleren Beant- wortung der gestellten Fragen drängen, als man zur reiflichen Ueber- legung nötig zu haben glaubt. Lasse man sich auch weder durch Ver- sprechungen (auf baldige Entlassung) noch durch Vorpostellungen, ein Anderer habe bereits gestanden, hinter's Licht führen. Ruhe und Umfiicht — das sind die besten Waffen gegen die Niedertracht unserer Feinde.

Und noch Eines legen wir den Genossen dringend an's Herz: bei Ihren Aussagen sich stets zu vergegenwärtigen, was in jedem ein- zelnen Falle aus dem Spiele fällt, und nicht um einer relativ geringen Sache willen sich zu Schritten hinreizen zu lassen, bei denen das Risiko viel größer ist als die Gefahr. So begreiflich das Bestreben ist, den Freund oder Genossen durch günstige Aussagen von einer Anklage zu befreien, und so erklärlich es namentlich dann ist, wenn es sich um Vergehen gegen Besetze handelt, die unserem Rechtsgefühl als verwerf- lich, als insam erscheinen, die eine freche Verhöhnung unserer natürlichen Rechte bedeuten, so müssen sie doch dieses Gefühl namentlich da unter- drücken, wo diese Aussage mit einem Reineidsprozeß beant- wortet werden kann.

Wir haben schon früher erklärt, daß wir in solchen Fällen den Reineid als eine entehrende Handlung nicht betrachten können, und halten das auch aufrecht, aber damit wollen wir ihn keineswegs empfohlen haben, sondern warnen die Genossen eindringlich vor einem solchen. Von anderen Bedenken ganz abgesehen, wird ihnen ja die einfachste rechtmäßige Logik sagen, wie falsch es wäre, um eine Gefängnisstrafe von drei, selbst sechs Monaten zu vermeiden, sich einer mehrjährigen Zuchthausstrafe auszuliefern. Lieber gar keine Aussage als eine solche.

Genossen in Deutschland! Der Wind weht zur Zeit wieder einmal scharf, man will unsere Partei mit Gewalt auseinanderreiben, die

Einen durch den Ruin ermatten, die Anderen zu Verzweif- lungsfreien provoziren. Lassen wir uns jedoch dadurch nicht beirren. Auch dieser Sturm wird vorüberziehen, sorgen wir nur dafür, daß die Zahl seiner Opfer so gering als möglich sei. Alle An- sätze unserer Feinde werden an unserer Festigkeit zerfallen; sie sollen nicht dahin kommen, mahin sie uns treiben wollen. Aber darum soll ihnen doch keine ihrer Schurkereien geschenkt werden, wir behalten sie gut im Gedächtniß, und im Begriffe, die Wunden zu verbinden, die heute dem Einzelnen unter uns geschlagen, geloben wir uns: „Kug' um Kug', Bahn um Bahn!“

— Vor einigen Wochen machte die fortschrittliche Berliner „Volk- zeitung“ die sehr richtige Bemerkung, daß nichts die gänzliche Wir- kungslosigkeit des Sozialistengesetzes mehr beweise als die Thatsache, daß durch die in unserm Verlage in regelmäßiger Folge erschei- nende „Sozialdemokratische Bibliothek“ nunmehr auch die letzte Lücke gestopft sei, welche das Sozialistengesetz in dem Register unserer Pro- pagandamittel zeitweise gerissen. Wie sehr dies der Fall, beweist der Umstand, daß trotzdem die ersten Hefte der Bibliothek von vornherein in der für eine verbotene Schrift gewiß ungemein starken Auflage von 3000 Exemplaren erschienen, von ihnen zum großen Theil bereits wiederholte Neuauflagen nötig wurden. Als „schädliches Material“ für die bevorstehenden Reichstagsdebatten über den „Reinen“ im Speziellen und das Sozialistengesetz im Allgemeinen können wir mit- theilen, daß die Gesamta- Auflage der ersten 10 Hefte, von denen einzelne bekanntlich eine Stärke von 4 bis 5 Bogen haben, 68,000 be- trägt, und schon wieder neue Auflagen notwendig sind. Dabei ist noch zu bemerken, daß als die Bibliothek eingerichtet wurde, Engels' „Ent- wicklung des Sozialismus“ kurz nacheinander in drei Auflagen von zusammen 9500 Exemplaren, das „kommunistische Manifest“ in dritter Auflage in einer Stärke von 5000 Exemplaren erschienen war, die in die obige Zahl nicht einbezogen sind. Ferner ist von Bebel's „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ jetzt die sechste Auf- lage im Druck, das 14 Bogen starke Buch bereits in 12,500 Exem- plaren verbreitet. Dazu kommt dann noch die große Zahl der Gelegenheitschriften, die, bevor der „Reichsanzeiger“ ihr Erscheinen dem großen Publikum durch eine Verbotensnotiz kundgibt, ge- wöhnlich schon in einer Stärke bis zu 20,000 Exemplaren verbreitet sind. Und alle diese Schriften werden nicht wie die Literatur anderer Parteien verkleinert, sondern verkauft, und, weil unter dem Druck eines Ausnahmegeretzes gekauft, auch sehr eifrig gelesen.

Wir theilen alles das mit, nicht weil wir etwa um dem Wahne hin- geben, dadurch unsere Feinde zu bekämpfen — sie werden ja im Gegen- theil mit der ihnen eigenen Logik daraus gerade die Notwendigkeit des Ausnahmegeretzes deduciren — sondern zur Erhebung unserer Genossen und Freunde und zur Festigung derjenigen unserer Gegner, denen Zucht und Doh noch nicht die Fähigkeit des Denkens geraubt.

— Doctrinäre Illusionen. Frankreich erstreut sich in diesem Augenblicke einer Ministerkrise. Herr Freycinet hat de- missionirt — oder vielmehr seine Demission angekündigt, denn schließlich wird er wahrscheinlich doch dem Patriotismus das „Opfer“ bringen, zu bleiben — weil die Kammer mit einer Majorität von 263 gegen 249 Stimmen die Gehalte der Unterpräfekten ge- senken hat, die Monarchisten aus grundsätzlicher Opposition, die rabi- kalen Republikaner, um endlich einmal einen ersten Anfang zu machen, das von Jahr zu Jahr answachsende Budget der Republik von unnützen Ausgaben zu entlasten.

Die Unterpräfekten sind eine Institution des Kaiser- reichs, dessen zentralisirtes Despotismus nicht genug politische Agenten haben konnte, in der Republik sind sie min- destens überflüssig.

So wünschig zu lesen im Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 5. Dezember. Danach sollte man meinen, daß das Hauptorgan der bür- gerlichen Demokratie in Deutschland den Beschluß der Kammer nur billigen und Herrn Freycinet und seine Kollegen scharf tadeln würde, weil sie die Erhaltung einer „mindestens überflüssigen“ — also doch eher schädlichen — Einrichtung zur Cabinetsfrage gemacht haben. Aber weit gefehlt, eine solche Schlußfolgerung paßt nicht in das System der Staatsmänner der „Frankfurter Zeitung“. Nach ihnen ist nicht der Eigensinn der Minister, sondern die Haltung der Radikalen an der Krise schuld. „Es ist unabweisbar“, heißt es da, „daß die Radikalen die Hauptrolle an der fatalen Lage der Regierungsgewalt tragen. Sie wollen wohl die Vortheile der Gewalt genießen, aber keine Verantwortlichkeit übernehmen und keine Pflichten erfüllen. Sie wollen nur die Regierung binden, selbst aber frei sein. Sie möchten praktisch regieren, aber auf keine ihrer doctrinären Illusionen verzichten.“

Doctrinäre Illusionen! Ist etwa die Entlassung des Steuerjädel's von der Befolgung einer Anzahl Schwarzer eine doctrinäre Illusion? Sind die Radikalen nicht auf ganz bestimmte Programme hin gedrängt worden, als Vertreter von Grundfragen, für deren Beroichtigung sie in der Kammer zu wirken haben? Es ist durchaus nicht unseres Amtes, die Herren Clemenceau, Tellestan u. a. zu verteidigen, denn wir hätten ihnen eher den umgekehrten Vorwurf zu machen, den nämlich, daß sie viel zu oft ihre „doctrinären Illusionen“ im Stich gelassen haben, nur um die „republikanische Einheit nicht zu gefährden.“ Aber in diesem Punkte waren sie im Recht, es mußte einmal mit dem System gebrochen werden, alle Reformen mit dem Hinweis auf die monarchische Gefahr auf den Sanft-Kammerleintag zu verschoben. Daß die Monarchisten mit ihnen stimmten, konnte für sie um so weniger ein Grund sein, von ihrer Stellungnahme abzugehen, als die Herren „gemäßigten Republikaner“ oft genug gemeinsam mit den Monarchisten Anträge der Radikalen abge- lehnt haben.

Wer und was sind denn aber diese Herren Gemäßigten? Nun, zum großen Theile nichts anderes als die Nationalliberalen Frank- reichs. Eine Partei, die die Republik dem Namen nach akzeptirt hat, deren Politik aber im Verleugern aller republikanischen Grundzüge besteht. Staatsmänner von der Art des Herrn Ferry, welcher der Republik die Bestenle Zankung so glorieich angehängt hat u. a. Und diese Herren er- freuen sich des Beifalls der „Frankfurter Zeitung“, gegen sie und ihre vollstündigen Intentionen hat sie kein Wort des Tadel's, die bösen Radikalen sind an einem Uebel schuld. Die deutschen Nationalliberalen können für ihre jämmerliche Haltung im Reichstag ganz dieselben Argu- mente in's Feld führen, und thun es ja auch, welche die „Frankfurter Zeitung“, das Organ des vorgeschrittensten Frägen's des deutschen Bür- gertums, in Bezug auf die französische Republik verachtet.

Welcher Verrath hat sich nicht schon hinter die Worte „doctrinäre Illusionen“ verbergen! Wenn die Herren von der „Frankfurter Zeitung“ nicht seit Jahren am Staatsmann'soller litten, so würden sie solche Redensarten den Reptilien diesseits und jenseits des Rheins überlassen.

— Zur Ausfenerng freibarer Reichsgerichtsanwälte. Wie die Zeitungen melden, ist der Oberlandesgerichtspräsi- dent von Holleben zum Kanzler des Reichsgerichts ernannt worden und damit vom lebenslänglichen Herrenhausmitglied ernannt worden. Holleben ist einer von den schurkischen Obertribunalsmit- gliedern, die in der preussischen Konstitution den Artikel 84 der preussischen Verfassung, der den Abgeordneten Straffreiheit für ihre Reden im Landtag zusicherte, in das Gegenteil umstülzte. Damals ging ein Schrei der Entrüstung über solch freche Rechtsbaurei durch das Land und allgemein jubelte man dem Gedicht „Alle Reun“ von Heinrich Müden zu, das wir schon einmal veröffentlicht, und worin es hieß:

„Ebing, Kafe und Holleben,
Wärdig, in der Luft zu schweben.“

Das war vor 20 Jahren! Und heute? Mit welcher Gleichgültigkeit hat die deutsche Presse — einzelne aner- kennenswerthe Ausnahmen abgerechnet — die nicht minder erbärmlichen Rechtsverdrüngen des Reichsgerichts in den Dämonen- projektiven Freiburger Prozeß u. a. hingeschrieben! Die Bourgeoisie ist seit geworden und hat das Gewissen verloren, aber Schurkerei bleibt darum Schurkerei, und so gut wie Holleben und Konjonten, sind auch die Mittelstätt und Konjonten der höchsten Beförderung werth.

In Berlin fand am 6. Dezember im ersten Reichstagswahlkreise nachwahl an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Böwe statt. Gewählt wurde der Fortschrittler Klotz mit 7207 von 18,980 abgegebenen Stimmen. Die Antisemiten erhielten für ihren Kandidaten, Zigarrenhändler Gerold, 4783 Stimmen, die national-liberalen „Zammerkerle“, die sich mit einem Sonderlandbitten wichtig machen wollten, ganze 488 Stimmen. Unsere Genossen hatten den vielverfolgten Lehrer Christensen aufgestellt, der, trotzdem ihnen fast alle Versammlungen abgetrieben, ihre Flugblätter fortgeschoben wurden, 1454 Stimmen erhielt. Das ist gegen 1884 ein Zuwachs von 693 Stimmen, mit dem unsere Partei sehr wohl zufrieden sein darf. Wohl hatten wir 1878 noch mehr Stimmen erhalten, doch ist nicht zu vergessen, daß seit jener Zeit ganze Straßen in jenem Kreise niedergegriffen worden und an Stelle der alten dunklen Quartiere Prachtstädte und Prachtwohnungen entstanden, die Arbeiter, die früher dort wohnten, in die entlegenen Quartiere verdrängt worden sind — eine Entwicklung, die sich heute in jeder Großstadt vollzieht. Die Arbeiterbevölkerung des ersten Berliner Wahlkreises hat abgenommen, im Verhältnis zu den Geblienen sind aber die Stimmen unserer Partei gewachsen.

In Mannheim sind unsere Genossen in der Stichwahl leider unterlegen. Die Demokraten hatten im letzten Augenblick zur Wahl Dreesbach's aufgefördert, es war aber zu spät. Es hatten Stimmen erhalten Dreesbach 9,680, Dissen 10,430.

Unsere Partei darf mit der Zahl der erhaltenen Stimmen sehr zufrieden sein.

Aus dem Reichstage. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgende Novellen zur Gewerbeordnung eingebracht:

Artikel I. Dem § 152 ist als Absatz 2 einzufügen: „Bereine, welche sich zum Zweck der Erreichung besserer Arbeitsbedingungen gebildet haben, können sich untereinander verbinden, jeden gewerblichen Arbeiter, gleichviel welchen Alters, aufzunehmen und sind den Vereinen gesehen nur insoweit unterworfen, als es sich um Anmeldung von Versammlungen handelt. Für allgemeine, die Arbeitsbedingungen beratende Versammlungen gelten die gleichen Vorschriften. Alle entgegenstehenden Reichs- und Landesgesetzlichen Bestimmungen sind aufgehoben.“ Artikel II. An Stelle des 158 der Gewerbeordnung treten folgende Bestimmungen: „Der Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Schreckung, durch hinterlegte Kauttionen, Androhung von Geldstrafen und dergleichen oder durch Berrückung der Bestimmung oder zu bestimmen versucht, an solchen Verhandlungen (§ 152) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verhandlungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. — Einer Berrückung ist gleich zu achten, wenn Vorstände oder Mitglieder von Verbänden aller Art Listen (sogen. schwarze) ausgeben, um sich zu verpflichten, bestimmten Personen den Eintritt in die Arbeit zu verweigern oder deren Austritt aus der Arbeit zu veranlassen.“

Die Berechtigung, Nützlichkeit und Notwendigkeit des ersten Paragraphen liegt auf der Hand, der zweite hat wohl mehr einen demokratischen Werth, insofern er, angesichts der bekannnten Schwerkereien der Meisterverbände, für diese die Beobachtung gleicher Normen verlangt als für die Arbeiter. Bei dem heutigen System der Rechtspflege natürlich ein unvermeidbares „Ideal“.

Ferner beantragen unsere Genossen, dem Artikel 31 der Reichsverfassung folgende Fassung zu geben:

„Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsdauer verhaftet oder in Strafhaft gehalten oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden. Ausgenommen allein ist die Verhaftung eines Mitglieds, welches bei Ausübung der That ergriffen wird; doch ist in diesem Fall ohne Verzug dem Reichstage Kenntniß zu geben und seine Genehmigung einzuholen.“

Dieser Antrag sowie ein weiterer auf Veranlassung der Freigabe der inaktiven Abgeordneten während der Dauer der Session hat namentlich den Zweck, da an eine Annahme seitens dieses Reichstages ja doch nicht zu denken ist, Gelegenheit zu geben, die Reichstagsarbeit des Reichstages im Reichstage gebührend zu kennzeichnen.

Zum Reichstage sprach sozialistischerweise Hasenclever, zum Willkürrecht Grillenberg. Beide kritisierten mit scharfen Worten das heutige Regierungssystem — Hasenclever insbesondere die Putschkammer, die Diätenprojekte etc., während Grillenberg die totalitäre Verwahrung von Zeit und Geld der großen Masse des Volkes geißelte, die der Militarismus heute im Gefolge hat, und ziffermäßig nachwies, daß zur militärischen Ausbildung der Rekruten heute ein Jahr selbst bei den höchsten Ansprüchen vollausreicht. Beide Redner betonten die Zustimmung in den Arbeiterkreisen und Grillenberg gab seiner Partei die Befürwortung aller Genossen kund, als er erklärte, daß unsere Partei einer Auflösung des Reichstages wegen Ablehnung des „Septennats“ (Festsetzung der Präsenzliste auf sieben Jahre hinaus) mit ruhigem Bewußtsein entgegenstehe, wir könnten und keine bessere Wahlparole wünschen als die: Vermehrung oder Herabminderung der Militärkraft.

Leider wird es zu dieser Auflösung schwerlich kommen. Die Herren von der bürgerlichen Opposition: Richter und Windthorst — soweit letzterer überhaupt noch zur Opposition gerechnet werden kann — drücken sich in ihrer Erklärung sowohl der Erklärung der Präsenzliste als des Septennats so gerundet aus, daß man aus derselben indirekt das Gefühlnis herauslesen konnte, daß wenn nicht sie selbst, so doch genug Mitglieder ihrer Parteien im gegebenen Moment umfallen werden, um Bismarck zu seiner Majorität zu verhelfen. Denn sie wissen, wie unzuverlässig gerade die Klassen, auf welche sie sich stützen, in allen diesen Fragen sind.

Das Septennat und die 40,000 Soldaten mehr werden bewilligt werden, und die Mehrausgaben wird das arbeitende Volk zu dem Uebrigem aufgebracht bekommen. Zum Ausgleich dafür wird man ihm vielleicht ein weiteres seiner wenigen Rechte weggenommen, alles im Vertrauen auf seine himmlische Geduld und die herrlichen Bajonnette.

Wie lange noch?

Keine Woche ohne Justizhürerei gegen Arbeiter. Diesmal war es der Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen Berlins, der an die Korruptheit des modernen Richterstandes glauben mußte. Nach zweitägiger Verhandlung, in der gegen den Verein selbst und seine Vorstandsmitglieder über ihre Thätigkeit in Bezug auf den Verein absolut nichts Gesetzwidriges zu Tage gefördert wurde, erkannte der Gerichtshof, bestehend aus den Landgerichtsräten Brausewetter (Präsident) und Wollner, sowie den Landrichtern Dieß, Heinemann und von Dechend auf Antrag des die Staatsanwaltschaft vertretenden Gerichtsassessor Dr. Meyer (sowie ein sehr hoffnungsvolles Fräulein zu sein) auf Schließung des Vereins und verurtheilte die Vorstandsmitglieder Frau Dr. Hoffmann, Frau Jhres und Fräulein Jageri zu je 60 Mark, Frau Stagemann zu 100 Mark Geldbusse — einzeln und allein, weil in öffentlichen Arbeiterinnen-Versammlungen, mit denen der Verein als solcher gar nichts zu thun hatte, an denen aber die Mitglieder sich ebenfalls betheiligt hatten, die Mittel besprochen worden sind, die Lage der Arbeiterinnen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verbessern. Das beweist, bedauerte der edle Meyer — und der nicht minder edle Gerichtshof schloß sich ihm in allen Theilen an — den politischen Charakter des Vereins, und da Frauen in Preußen zwar Steuern zahlen müssen, aber so rechtlos sind, daß sie sich an politischen Vereinen nicht betheiligen dürfen, so war schon deshalb seine Existenz verurteilt; da aber außerdem einige Vorstandsmitglieder sozialdemokratische Christen in ihrem Privatleben hatten, so ertheilte daraus für Richter und Staatsanwaltschaft der „sozialdemokratische Charakter des Vereins“, also die doppelte Notwendigkeit seiner Schließung. Und so wurde denn den Arbeiterinnen und den Frauen überhaupt, wieder einmal in fälschlicher Weise klar gemacht, daß sie im heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft absolut rechtlos sind und daher nach Kräften dahin arbeiten müssen, daß er baldigst beseitigt werde. So insam der Urtheilspruch,

so fruchtbar wird er sich in seinen Folgen für unsere Partei erweisen; er wird uns Mitstreiterinnen, die wir sonst noch lange nicht in unsern Reihen gesehen hätten.

Die Angeklagten legten eine ruhige, entschlossene Haltung an den Tag; an ihnen, insbesondere an dem muthigen Fräulein Jageri, konnten sich manche Männer ein Beispiel nehmen.

Die englischen Bergarbeiter haben auf einem in Manchester abgehaltenen Kongreß den Beschluß gefaßt, eine Agitation für eine siebenstündige Arbeitszeit in's Werk zu setzen, da „angesichts der heutigen Produktivität die Zeit gekommen ist, wo in allen Fällen 7 Stunden einen Arbeitstag bilden sollten.“ Die parlamentarische Gruppe der Arbeiterabgeordneten wird ersucht, einen Antrag, der die Sieben-Stunden-Arbeit in den schottischen Gruben betrifft, zu unterstützen.

Sieben Stunden Arbeit — der normale deutsche Pflücker, und hieße er Otto von Bismarck oder Eugen Richter, fällt vor Entsetzen auf den Knien, wenn er das hört, denn das ist ja beinahe das leidigste „Recht auf Faulheit“ vorkam. In Deutschland streitet man noch über den zwölfstündigen Arbeitstag, selbst zu ihm haben verschiedene Zeitungsredaktionen des Rheinlandes sich nicht entschließen können und einen dahingehenden Kartellvertrag verworfen.

Dafür schreit man aber nirgends so laut von „Sozialreform“ und „Fürsorge für den armen Mann“ als in Deutschland, denn auf die Kellerei verachtet man sich im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte ausgedehnt. In diesem Punkte läßt die „nationale Wiedergeburt“, zu der Bismarck sein Volk geführt hat, nichts zu wünschen übrig.

Wir aber können dem Beschluß der englischen Bergarbeiter nur unsern vollen Beifall zollen und wünschen den wackeren Pionieren den besten Erfolg.

Die Männer der preussischen Fiskus erstreckt sich bekanntlich nicht nur auf die Dänen und mittelalterlichen Volksvertreter, sondern auch auf die von preussischen Staatsangehörigen in einer außerpreussischen Lotterie gemachten Gewinne, und für das eine wie für das andere Gesetz haben ihm die preussischen Gerichte — es gibt noch Richter in Preußen — den Freibrief ausgestellt. Dem gegenüber macht nun jetzt die sächsische Regierung durch die sächsischen „Dresdener Nachrichten“ bekannt, daß die sächsischen Lotteriefolienhändler von ihrer vorgelegten Behörde „angewiesen worden sind, über Spieler und Spielresultate nach jeder Seite hin strengste Diskretion zu bewahren, und daß dieselben auf Wunsch des Spielers auch die Loose selbst in Verwahrung behalten, damit den auswärtigen Spielern in keiner Weise Unannehmlichkeiten erwachsen.“

Eine scharfere Satire auf die famose deutsche Einheit als diese Verfügung ist gar nicht denkbar. Die sächsische Regierung, deren Preußenfrömmigkeit obenberein über jeden Zweifel erhaben ist, garantiert damit gewissermaßen die unerschütterliche Verletzung preussischer Gesetze und Verordnungen. Der sächsische Fiskus redet gegen den preussischen Fiskus, der sich das Monopol auf Ausräuberung der preussischen Staatsangehörigen sichern will. O Heine, lebst Du heute, Du brauchst Dich nicht mehr nach dem Nationalstaats und der gemeinsamen Verträge zu sehnen! Du genießt das deutsche Volk schon zur Genüge, zu seinem Glücke fehlt nur noch die — Nationallotterie und der gemeinsame Fiskus!

Liebnechts Agitations-Rundreise durch die Vereinigten Staaten hat nunmehr ihr Ende erreicht. Nachdem unser Genosse nach in verschiedenen Städten des Westens wahrhaft glänzende Versammlungen abgehalten, hat er am 26. November auf einem zu diesem Zweck veranstalteten Fest im Cooper-Institut von den New-Yorker Genossen Abschied genommen. Derselbe war ein überaus herzlich, die größte Begeisterung herrschte den ganzen Abend, und die an treffenden Bildern reiche Ansprache Liebnechts wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Alexander Jonas, der Chefredakteur der New-Yorker „Volkzeitung“, feierte in einer schwungvollen Ansprache Liebnechts Verdienste und brachte ein dreifaches Hoch auf ihn aus, in welches die Versammelten jubelnd einstimmten. Dies und sonstige Donationen veranlaßten Liebnecht zu einer muthigen Abschiedsrede, die mit den Worten schloß: „Lassen Sie die Liebe, die Sie mir erwiesen, sich auch auf die Genossen in Deutschland erstrecken und dann den Grundsatß gelten: „Getrennt marschieren, aber vereint schlagen!“

Wir kommen in den nächsten Nummern auf die Erfolge der Liebnechts Agitation noch zurück, heut begnügen wir uns damit, unsern unermüdbaren Genossen bei seiner Rückkehr ein herzlich Willkommen zu sagen.

Ein Unbelehrbarer. Schade, daß die englischen Bergarbeiter (s. o.) die Richterliche „Freisinnige Zeitung“ nicht lesen. Dieses Organ des Führers des deutschen Liberalismus bekommt es fertig, zu dem vom Centrum eingebrachten Antrag zu Gunsten des eifrigsten Maximalarbeitsstages Folgendes zu bemerken: „Würden solche Bestimmungen Gesetz werden, so würde damit die gesamte Industrie allerorts in eine Abhängigkeit von der Polizeibehörde gebracht werden, welche vielen Unternehmern es verleidet würde, überhaupt ein Geschäft fortzuführen oder ein solches neu zu errichten. Alle jene Bestimmungen zur Beschränkung der Arbeitszeit aber würden, soweit sie überhaupt durchführbar sind, eine Herabsetzung der Löhne bewirken als Folge einer abnehmenden Nachfrage nach Arbeitern.“

Es ist wahrhaft unglücklich, wie ein Mensch mit gesunden fünf Sinnen, angesichts der in England, der Schweiz u. gemachten Erfahrungen, es noch wagen kann, solch abgeschmacktes Zeug in die Welt zu setzen. Der Fortschrittler setzt sich hier in der That um kein Haar breit minder dornicht als der biederliche hinterkommene Landjunker. Auch er hat „nichts gelernt und nichts vergessen.“ Seine Albernheiten zu widerlegen, lohnt nicht der Mühe, sie können bei dem Arbeiter nur unbändiges Gelächter hervorrufen. Solche Redensarten haben schon vor einem halben Jahrhundert in England ihre Wirkung verfehlt, sie beweisen im Munde des Herrn Richter nichts als die zurückgebliebene Denkweise dieses „Fortschritts“-helden.

Eine Frau, die sich schwerlich verrechnet. Das sehr lokale „Berliner Tageblatt“ brachte dieser Tage einen Bericht, in dem es hieß, daß eine Frau D., welche im südlichen Theile der Wilhelmstraße in Berlin ein größeres Quartier inne hatte und dasselbe Männern aus der hiesigen Gesellschaft zum Zumindest für allerhand Ausschweifungen dardot, wegen Kuppelerei verhaftet, aber gegen eine Kaution von 30,000 Mark wieder freigelassen wurde. Frau D., hieß es, soll alle Zumuthungen ihrer Freunde, sich aus dem Staube zu machen, zurückweisen, weil sie — auf den Einfluß ihrer hohen Sonnenscheitlerin. „Ob sie sich wohl verrechnet wird?“ setzt die Berliner „Volkzeitung“ fragen hinzu. Wir antworten, schwerlich. In unseren Tagen der systematischen Rechtsaufklärung müßte es ja wunderbar zugehen, wenn man die große Kuppelerei nicht laufen ließe, sondern wie die Frauen oder gar wie den sozialdemokratischen Gastwirth Wolf in Rülheim behandeln wollte, dem auf die Aussage einiger politischer Gegner hin, daß sie „überliche Frauenpersonen“ in seinem Lokal gesehen haben, die Konzeption entzogen wurde. Wenn nach diesem Grundsatß überall verfahren, d. h. alle Gasthäuser geschlossen würden, in denen überliche Frauenpersonen verkehren, so würden in Berlin fast alle feineren Restaurants unter den Linden und Umgebungen ihr Testament machen können. Aber sie haben das nicht nötig. Wie der Mensch für gewisse Kreise erst beim Baron anfängt, so hört für ebendieselben Kreise, und sie geben ja heute den Ausschlag, das überliche Frauenzimmer da auf, wo die „Besuche“ in Gold und Banknoten bezahlt werden. Es fällt absolut keinem Richterhofen oder sonstigen Puffkammerling ein, gegen „diese Damen“ in irgend einer Weise vorzugehen. Frau D. muß es eben sehr arg getrieben haben — wahrscheinlich hat sie einer ihrer „hohen“ Kunden, der zu stark geschöpft worden, denunziert, und so zum Vorgehen gegen sie getrieben. Aber, wer Kunden in der „höchsten“ Gesellschaft hat, der braucht die hohen Denunzianten nicht zu fürchten. Frau D. wird sich auf den Theaterdirektor Carl berufen, der während dem Prinzen Karl das „frische Fleisch“ zutrieb, ohne von der Polizei belästigt zu werden. Und was dem Prinzen Karl recht war, wird seinen Enkeln, Ressen etc. nur billig sein. Die Gerechtigkeit trägt eine Binde vor den Augen, das bedeutet in Preußen, daß sie, wenn es sich um einen

hohen Stand handelt, blind ist und nichts sieht, als was man aller halbreicht zu sehen anbietet.

— Noch einmal der Staat und die Sozialdemokratie. Im Newyorker „Sozialist“ schreibt ein Kenner der fünf erschienenen Flugblätter: „Anarchismus, Sozialdemokratie und revolutionäres Taktik“ unter Anderm:

„Hier in Amerika ist die Behauptung verfochten worden, daß die Sozialdemokratie auf alle Bewandlung verzichtet und den linken Baden auch hinhalten müsse, wenn sie auf den rechten geschlagen wird; daß der freie Volkstaat das letzte Ziel und zugleich das nächste sei, und daß immer Herrschaft bestehen werde — die des Gesetzes und seiner Macht. Dieser Anschauung gegenüber ist hier geltend gemacht worden, daß unser Zukunftsstaat nach und nach aller Zwangsanstalten und Herrschaft sich zu entäußern haben werde, weil er auf freiwillige Berrückung Herrschaft sich begründen müsse. Und zum Beweise dessen, daß dies auch der Standpunkt von Marx gewesen sei, sind Stellen aus seinen und Engels' Schriften und seine Kehrung zitiert worden, daß die Bakuninisten mit der Anarchie den Anfang machen wollten (im Kampfe mit einer gegnerischen, bis an die Bahne bewaffneten übermächtigen Bourgeoisie), während die Anarchie erst das Ende der Bewegung sein könne.

Wir wissen, daß unsere Partei in Deutschland darin mit der jetzt genannten, der Marx'schen Auffassung übereinstimmt; aber es wäre erwünscht, wenn sie das aussprechen wollte.“

Diesem Wunsch kann sehr leicht entsprochen werden. Wir glauben absolut keinem Widerspruch zu begegnen, wenn wir behaupten: So wenig unsere Partei die Anschauung vertritt, daß mit der Anarchie der Anfang zur Berrückung unserer kommunistischen Prinzipien gemacht werden könne, eben so wenig hält sie die politische Staatsgewalt, deren wir zur Durchführung der Sozialisierung der Produktionsmittel bedürfen, für eine „ewige“ Institution, die um ihrer selbst willen auch dann erhalten werden muß, wenn ihre Existenzbedingungen aufgehört haben, wenn sie keine gesellschaftliche Aufgabe mehr erfüllt. Und daß das Ziel der Entwicklung darin besteht, jede Regierung über Personen“ überflüssig zu machen, darüber kann doch unter Leuten, die sich Sozialdemokraten nennen, kein Streit bestehen.

— Auch ein „Königswort“. In einem Brief Bettina's von Arnim aus dem Jahre 1849 heißt es mit Bezug auf den Waldes-Prozeß, dieses „Bubenstück, eronnen von Schurken, einen ehelichen Mann zu verderben“, wie sich der Staatsanwalt — man schrieb allerdings 1849! — am Schluß des Prozeßes selbst ausdrückte:

„Der Prozeß von Waldes hat mir große Freude gemacht. Denken Sie doch, daß ich vor 8 Wochen oder vielmehr vor 12 Wochen an den König schrieb, Waldes sei ganz unschuldig, und er mir antwortete, er wisse so gewiß, als ein Gott im Himmel lebt, daß er schuldig sei und ihn habe umbringen wollen...“ Ich wollte aber nicht den Waldes retten, sondern den König selbst vor dieser Beschuldigung.“

Recht gut gemeint von Bettina, aber nur ein Beweis, daß sie den Namen „das Kind“ mit Recht führte.

Kommen wir jedoch auf unsern — König zurück. „So gewiß als ein Gott im Himmel lebt“, wußte er, daß Waldes schuldig sei. Entweder glaubte der gekrönte Komdiant, daß ein Gott im Himmel lebt, und dann war sein Ausspruch eine große Gotteslästerung, oder, was bei ihm viel wahrscheinlicher, er glaube nicht, und dann beweist er nur die Doppelzüngigkeit des später „von Gottes Gnaden Verurtheilten.“

Ran kann dem Volk nicht oft genug zeigen, von welcher geistigen und sittlichen Qualität diese „auf der Reinsicht Höhen“ wandelnden Kronenträger sind, die ihm von feilen und gewissenlosen Soloschreibern nur als Wesen höherer Klasse vorgeführt werden.

— Unser König in Nr. 47 über den menschenfressenden Jägerherzog ist von einigen Lesern unseres Blattes als eine sehr harte Reklamation aufgefaßt worden. Dem ist jedoch nicht so. Die Reklamation ist unrichtig, sie sieht, wie uns der Einseher mittheilt, in den „Annalen imperialis Monasterii Zwifaltensis. Augustus Vindolcorum 1098“ und lautet dort: „A. C. 1218. Naturae debitum solvit Borholdas Zaeringius Dux postrenus, (quia improlis) et Friburgi Brigovii in novo choro sui tumulatus; Principes formidandos astaturos et Andropophagos, quippe qui memorum cornium adeo deliquerant ut servos suos saginavit suo tempore mactandos et Thyosis mensibus inferendos.“ Die in Nr. 47 gegebene Uebersetzung ist wörtlich, nur das Typographische Paß wurde weggelassen, weil es einer Erklärung bedurfte hätte. Der Belasger Typsetzer als seine eigenen Kinder, was wohl auch bei Berthold der Fall gewesen wäre, wenn er zeugungsfähig gewesen wäre. „Es wäre eine interessante Frage“, setzt der Einseher hinzu, „ob das Essen von Menschenfleisch die Zeugungsfähigkeit zerstört und tödlich diejenigen, denen die Wittelschlung ungeschwächt vorkam, viel leicht bei Gelegenheit des nächsten Krieges, wo ja Menschenfleisch wieder recht wohlfeil sein wird, eine Probe provozieren. Es mag diese Reklamation unglücklich klingen, aber der König hätte sie nicht gebracht, wenn sie nicht in Dokumenten gefunden hätte. Die Reklamation war im 17. Jahrhundert nicht zu Gunsten der Kirche.“

— Aus Paris wird uns geschrieben: Vor einigen Wochen stellte Ed. Bailliant im Pariser Gemeinderath den Antrag, für die Opfer des Streits in Bietron eine Unterstützung von 4000 Franken zu bewilligen. Der Antrag wurde aber abgelehnt, und nun machte Bailliant Freunden und Bekannten gegenüber den Vorschlag, es wäre gut, wenn jetzt die Frauen und Mädchen unter sich sammelten, um den rabiatosen Gemeinderath zu beschämen. Der Gedanke fand nicht nur bei Franzosen, sondern auch bei Deutschen Anklang, und auch die Frauen des deutschen Arbeitervereins in La Bièvre, der, so jung er noch ist, doch schon so viele Stürme durchgemacht — worüber ein anderes mal — und darum so fest steht, haben unter sich gesammelt und in wenig Tagen gegen 70 Fr. aufgebracht, um ihre Solidarität mit dem arbeitenden Volke Frankreichs zu dokumentieren.

Der „Socialiste“, indem er diesen Beitrag quittiert, bemerkt dazu:

„Die Redaktion des „Socialiste“ sendet den deutschen Sozialistinnen, die — in einem Augenblick, wo ihre Männer sich das Nötigste zur Unterstützung Vater abdarben, welche die wüthende Reaktion Bismarck's erlert oder ausweicht — sich neue Entbehrungen auferlegen, um ihren Arbeitsbrüder von Bierjon zu Hilfe zu kommen, ihre brüderlichsten Grüße. Die deutschen Sozialistinnen haben das große Lösungswort begriffen, das Marx und Engels 1847 den Arbeitern Europas und Americas zuriefen: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! — Auch wir können unsere Pariser Genossinnen zu ihrem hochherzigen Werk nur beglückwünschen, das, wie wir hoffen, dazu beitragen wird, das Band zwischen den kassendebütheten Arbeitern Frankreichs und Deutschlands immer fester zu schließen, und so sich als ein besseres Friedenswerk denn alle Klüftungen bewähren wird.“

— Das Bezirksgericht Zürich hat in einem Spezialfall entschieden, daß Frau n. auch dann nicht als Anwältin vor Gericht aufzutreten dürfen, wenn sie genügende juristische Studien genossen, also für den Anwaltsberuf qualifiziert wären. Es freut treffend bemerkt dazu der „Grillanzer“, „Aus welchen Gründen? Es scheint uns, da tragen den Jopf die Männer. In Amerika praktizierten weibliche Anwälte ungehindert in schöner Zahl, ohne daß daraus Schaden entstanen wäre. Mit der Gleichheit alles dessen, was Menschenanlich trägt, harmonisiert diese Ausschließung des einen Geschlechts und die Privilegierung des andern schlecht.“

Gilt für Deutschland noch mehr als für die Schweiz.

— Man schreibt uns: Die amerikanische Presse hat sich entschließen müssen, den Sozialismus als einen Faktor anzuerkennen, mit dem gerechnet werden muß. Mit dem Schimpfen, Berrücken, oder Abweln geht es nicht mehr; die soziale Bewegung in Amerika ist eine Thatsache, die nicht länger ignoriert werden kann. Und Thatsachen verstehen nie ihren Eindruk auf den realistischen Amerikaner. Schon erheben sich viele Stimmen in der Presse, daß die Lösung der sozialen Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden, und daß die Gesetzgebung sich mit ihr befassen muß. Das Geipen des Anarchismus hat sich in nichts aufgelöst. Man sieht ein, daß man es nicht mit ein paar weisen Schreibern oder beschränkten Fanatikern zu thun hat, sondern mit

*) Annalen des kaiserlichen Klosters Zwifaltens, Augsburg 1698.

einer Bewegung, die von größerem Umfang und größerer Tragweite ist, als irgend eine Bewegung zu Gunsten der Abschaffung der Sklaverei. Treten auch die sozialen Gegensätze, die sozialen Ungerechtigkeiten nicht überall so kraß und scharf hervor, wie in Europa, so geht die Entwicklung doch mit solchen Riesenschritten vorwärts, daß die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus bald noch allgemeiner und noch eindringlicher zu Tage treten wird, als in Europa. Und bei der größeren Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Bourgeoisie haben wir schon jetzt vielfach, namentlich in den Neuenlandstaaten, in Pittsburg, Chicago u. s. w. eine weit wüthendere und verderblichere Ausbeutung als in Europa. So hat z. B. die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit, wie sie hier betrieben wird, ihres Gleichen nicht in Europa. Und die Organe der Bourgeoisie in Chicago, die Magazine durch die Pinkerton-Männer — ein Soldatentheer im Dienste des Kapitalismus — haben in den besonnenen Kreisen des amerikanischen Bürgerthums bereits den Gedanken wachgerufen, daß solche Vorkommnisse und Erscheinungen sich mit der republikanischen Staatsform nicht vertrügen, und daß die Erhaltung der Republik es zur Nothwendigkeit macht, diesem Treiben Halt zu gebieten. Unter den Gebildeten steht dieser Gedanke mehr und mehr Wurzel, und die Presse des Kapitalismus schreibt schon jetzt darüber, daß die studirende Jugend und die Professoren der Universitäten mit Eifer und Eifer in das Lager der Sozialdemokratie übergehen.

Und zum Glück schmiedet die neue Arbeiterpartei das Eisen, so lange es glüht. Eine das ganze Land umfassende Organisation ist angebahnt. Der Einfluß der alten Parteien auf die Massen wird bald überwunden sein. Wie die Arbeiter in einem seiner Vorträge ausführte, wird die Frage der Lohnsklaverei die gesammte Parteibildung ebenso beherrschen, wie es früher die Frage der Regimentskaserne that. Genug — der Sozialismus hat seinen Siegesmarsch durch die Vereinigten Staaten begonnen, und er wird, auf die eine oder andere Weise, sich auch die Neue Welt erobern.

Sozialistische Presse und Literatur.

„Londoner Arbeiterzeitung.“ Dies ist der Titel eines vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London herausgegebenen Wochenblattes, das sich in erster Linie die Aufgabe stellt, die außerordentlich große Anzahl der deutschen Arbeiter Londons mit den Lehren des Sozialismus bekannt zu machen, sie für die Theilnahme an dem Emancipationskampf des Proletariats zu gewinnen, eine Sachwalterin ihrer Interessen zu sein.

Die „Arbeiterzeitung“ ist vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein, 49 Tottenham Street, um den Preis von 2 Schilling (2 Mk.) pro Quartal (für Deutschland und Oesterreich unter Couvert Nr. 350) zu beziehen. Wir begrüßen den neuen Mitstreiter auf's Wärmste und wünschen ihm besten Erfolg.

Nr. 23 der „Revue socialiste“ vom 15. November 1886 enthält u. A.:
La vérité sur le Métropolitain de Paris, J. Pinaud. — L'Agio-tage en 1880, A. Chirac. — Socialisme et charité, Georges Platon. — Le développement du collectivisme en France, B. Malou. — Barbo Gendro et son oeuvre, V. Jaclard. — Revue sociale du mois, R. Vaillant. — Travaux de la société républicaine d'économie sociale. Revue de la Presse. Revue des Livres. — Divers.

Korrespondenzen.

Miel, 26. November. Vergangenen Sonntag fand eine über die ganze Provinz sich erstreckende Verbreitung von Flugzetteln statt, deren Inhalt für die ländliche Bevölkerung unserer Wahlkreise berechnet ist, und die hoffentlich die gewünschte Wirkung nicht verfehlen wird. Selbige ist uns, was wir hoffen, den größeren Theil der ärmeren Landbevölkerung durch fortgesetztes Bekanntmachen mit unseren Zielen auf unsere Seite zu bringen, so ist Reichensberg die längste Zeit die „Hochburg“ des deutschen Feigparthon, wollte sagen „Freisinn“ gewesen, und sollten die Genossen der Verbreitung unserer Ideen auch noch mehr mit den „Augen der Gesehe“ zu thun bekommen, als es dieses Mal der Fall war. Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unterlassen, zu erwähnen, daß Genosse Heinzel, der schon in verschiedenen Wahlgängen im hiesigen Wahlkreis kandidirte, die Annahme einer Kandidatur für die nächstjährige Wahl abgelehnt hat. Wir aber werden beweisen, daß unser Wahlerfolg nicht an dem Namen von Personen hängt, daß es die Idee ist, durch welche wir siegen werden, welche uns hier wie allerorten die bewunderungswürdigen Erfolge verschafft; und in Anbetracht dessen rufe ich allen meinen Genossen im Wahlkreise zu: haltet fest zusammen; zeigt, daß euch über Verleumdungen das Interesse der Partei steht, von der wir die Erreichung unserer Ideale erhoffen, und betheiliget diese Zugehörigkeit zu dieser einen Partei durch einmütiges Zulammensitzen für den Kandidaten zur nächsten Wahl, der dann der für uns günstige Erfolg nicht fehlen kann, auf daß Reichensberg endlich durch einen seiner Bevölkerung angemessenen Abgeordneten im Reichstage vertreten sein möge.

Breslau, 25. Oktober. Dank der Geschicklichkeit — und Brutalität — unserer „Stützen der Ordnung“ muß es hier nachherade selbst dem gleichgültigsten Arbeiter klar werden, wessen er sich unter den jetzt herrschenden Zuständen zu versehen hat, wenn er beobachtet, was die Polizei den anderen Gesellschaftsklassen alles nachsieht, während sie in seine Versammlungen eindringt, seine Zusammenkünfte löst und auflöst, sobald — ein Redner etwas lauter gesprochen hat wie gewöhnlich.

So war neulich hier eine Versammlung von Tabakarbeitern und Interessenten anberaumt, um Stellung zu nehmen zur Petition an den Reichstag, wegen Veränderung des § 152 der Reichsgemeindeordnung. Nach einer einleitenden Rede des Referenten besuchte der Reichstagsabgeordnete Krüger in eingehender und von lebhaftem Beifall ausgenommenen Rede die Realisationsrechte, die die Arbeiter in anderen Ländern, speziell in England, erlangt hätten; tadelte die feindliche Haltung der Reichstagspartei, die die Annahme des von unserer Partei eingetragenen Arbeiterwahlgesetzes vereitelt habe, und wies auf die Nothwendigkeit hin, gerade jetzt, nach dem berüchtigten Puttkamer'schen Streik-Erlasse, die Petition möglichst zahlreich zu unterzeichnen.

Natürlich war von der heiligen Hermandad auch ein Ordnungsbücher in die Versammlung geschickt worden, um dafür zu sorgen, daß dem armen Staate feindlich der ruchlose Sozialdemokrat ja kein Leid geschehe. Und zwar hette man den anerkannt fähigsten Schmeißer und Sozialistenreferent, den Polizeikommissarius Koll, in die Versammlung geschickt, der von früher her noch den Namen unseres Genossen Windhorst auf dem Gewissen hat, indem er — damals noch Chef der politischen Polizei (erst später hat er sich auf seinen damals erlangenen Lobreden als wohlbesahlter Polizeikommissarius zur Ruhe gesetzt) — überall umherspionirte und es auch wirklich fertig brachte, aus den verächtlichsten Reden und Handlungen unseres Genossen und seiner Genossen und vielen Freunde einen Strich zu drehen, und sie unschuldig in's Gefängniß zu bringen — was ja bei den jetzt hier herrschenden Zuständen nicht schwer ist. Auch sonst ist seine Wirksamkeit hier in Breslau als unheilvoll bekannt.

Als nun in der erwähnten Versammlung noch Herr Krüger ein anderer Redner das Wort ergriff und die Stimme etwas lauter erhob, da löste dieser Polizeikommissarius bei den Worten des Redners: „Man muß sagen, wir haben wirklich recht nette Zustände im lieben deutschen Vaterlande!“ die Versammlung auf. Nun, zu den ja einig und allem erköstlichen „Ausführungen“, die unseren Unordnungsstücken Gelegenheit geben sollten, wieder einmal „den Staat zu retten“, kam es freilich nicht. Dank der Besonnenheit unserer Arbeiter; die Anwesenden gingen ruhig auseinander, und — dachten sich ihre Theil über die „netten Zustände im lieben deutschen Vaterlande!“

Noch damit genug für heute; wir werden nicht verfehlen, die hiesigen Vorgänge nachmaligen Auges zu verfolgen, und, was uns von allgemeinem Interesse erscheint, mitzutheilen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Vindex.

Und Thüringen. Wie wir hören, ist neuerdings gegen 4 Mann in Sonneberg, dem Chorabo der geschundenen Arbeiterklasse, der Geheimbündelerei, Jauber in Szene gesetzt worden, trotzdem da genügend „amiskundig“ sein dürfte, daß in unserer ganzen Gegend die gemäßigtere Arbeiterpresse öffentlich verbreitet und der Kampf der Arbeiterbewegung ebenso öffentlich ausgefochten wird. Inbezug der Reichsgerichts-Verurtheilung, das Kommando zur allgemeinen Reichs-Rechtsbewegung, ist vom Tagend-Butz in Berlin an das ganze funktionierende Justizvollzugsamt des Vaterlandes offiziell mit spezieller Gebrauchsanweisung ausgegeben worden: Streber, Ignoranten und Schurken haben jetzt vollauf zu thun, die Chancen zum Karrieremachen eiligt auszunützen. Warum also nicht auch in unserem lieblichen Thüringen?

Dem wo der Hunger das Futter mißt,
Den ersten Hissen der Rechtschaffen frist.

Wenn sich die Herren nur nicht eines schönen Tages verrechnet haben werden! Die Gesehesverachtung von oben muß ja doch dem hungrigsten Hungerleider und dümmsten Dummen endlich die Augen öffnen, ihn auf den Weg der Verzweiflung stoßen. Nicht Allen dürfte es dabei ergehen wie dem unglücklichen Leipziger Ausgewiesenen, der in Sonneberg aus Aufregung über die brutale Verurtheilung seines Freundes Schumann in Leipzig dem Verfolgungsmahnsinn verfallen ist. Es soll geschicklich sein, den armen Menschen zu sehen. Eller ist sein Name.

Das leiblich und geistig geschundene arbeitende Volk kann und wird nicht so elend untergehen. Seinen offenen Kampf wird man vergebens zur „Geheimbündelerei“ gestempelt und eines Tages klar vor Augen haben, daß die wahren Geheimbändler, Verschwörer, Gesehesverächter, Rechtsfälscher und Verbrecher am gesammten Menschenthum jene Bande von diebischen Junkern und ihren bürgerlichen Schmalzbrüdern sind, die der Welt heute „Gesehe“ diktiert.

Unsere Loosung bleibt darum heute wie immer: Die Deffentlichkeit ist unsere stärkste Waffe. Deshalb nur wüthet der „blaue Schreden“ gegen Alles, was und dazu verhehlen kann. Hunderte wandern auf die Anklagebank, ins Gefängniß, in die Verzweiflung; Tausende treten dafür freiwillig in die Läden, zielbewußt und begeistert durch das Vorbild der muthig Gefallenen. Ihr Erstes und Letztes: allezeit hoch die Arbeit und ihr Kampf um's Recht!

Warnung.

Ein gewisser Emil von Steinfeld, angeblich Techniker, der in Wittweida in Sachsen wohnt und in Berlin ein eigenes Geschäft gehabt haben will, ist in letzter Zeit in Rumänien aufgelesen.

Derselbe gab vor, „Vorsitzender des neuen Berliner Metallarbeiter-Fachvereins“ gewesen, aber ausgewiesen und geschäftlich ruiniert worden zu sein, und suchte um Unterstützung nach.

Bei Konfrontation mit kompetenten Genossen stand er ein, daß er gelogen. Er will nach Pest, und wir signalisiren ihn hiermit allseitig, da er den Ausweisungsbüchlein auch anderwärts versuchen dürfte. Reichte auch hier ein weiteres Betrug's Stückchen.

Signalement: Größe ca. 1,65; hager; trägt schön blonden, mächtig dichten Vollbart, hat blaßes, propositionales Gesicht, seine hagere Hände, spricht Berliner Akzent und trug saßgrünen Ueberrock und schwarzen steifen Hüthut.

Die Bukarester Genossen.

Truchlied des deutschen Proletariats.

(Frei nach Kurt Meißner.)

Ob Alles lenkt den Blick nach Oben,
Ob Alles sich im Staube drehet,
Ob wilde Stürme mich umtoben,
Ob Blitz und Donner niederzuckt,
Ob Raub ist oder Fugestelle,
So heb' ich trotzig mein Gesicht:
Ich frag' den Teufel nach der Hölle
Und in den Himmel komm' ich nicht!

Heut', wo der Mächtigen schamlos Wälten
Nur immer tiefer reißt die Luft,
Hab' ich nicht Lust zum Händesalten,
Ich schmetz' die Faust hoch in die Luft.
Den feilen Sklaven auf die Felle,
Damit der Anrecht's Rette bricht —
Ich frag' den Teufel nach der Hölle
Und in den Himmel komm' ich nicht!

Nöht immerhin Ihr Feinde und sehen,
Wenn's heißt: Ihr Männer in's Geseht!
Ich werde trotzig aufrecht stehen
Und kämpfen für mein gutes Recht.
Denn an des Freiheit's apels Schwelle
Bin ich auf's Bieten nicht erpicht,
Ich frag' den Teufel nach der Hölle
Und in den Himmel komm' ich nicht!

Und leg mein müdes Haupt ich nieder
Auf weichen Büschel, auf grüner Flur,
So weh' ich meine letzten Lieder
Der Freiheit noch und der Natur.
Und hab' den Tod ich als Rebelle,
So that ich nur, was meine Pflicht.
Ich frag' den Teufel nach der Hölle
Und in den Himmel komm' ich nicht!

Entschwinden dann die letzten Hauch
Der Hölle, die mich einst ins Burg,
Und fällt aus einem treuen Auge
Mir eine Thräne auf den Berg —
Was thut's, wenn an des Grabes Schwelle
Kein Pf. fe mir den Segen spricht,
Ich frag' den Teufel nach der Hölle
Und in den Himmel komm' ich nicht!

V. J.

Letzte Nachricht.

In dem Augenblick, da unter Blatt in die Presse gehen soll, erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser alter Freund

Johann Philipp Feder

aus dem Leben geschieden ist. Ein echter Proletarier vom Scheitel bis zur Sohle, nahm er bis zum letzten Atemzug den regsten Antheil an allen Kämpfen der Arbeiterklasse, bewachte er sich bis zum letzten Augenblick den freischen selbstlichen Geist des der Gerechtigkeit und des schließlichen Sieges seiner Sache bewußten Streiter's. Nichts von göttlichem Pessimismus des Alters in dem W. den dies' nahezu 80jährigen Greises, was er athmete, war Anseuerung und froher Kampfesmuth.

Wir werden in der nächsten Nummer dem h. Querbrüchten, waderen Wortkämpfer unserer Sache einen eingehenden Nachruf widmen. Für heute schließen wir mit den Worten:

Bater Feder, Du warst ein weiterfester Streiter
im Befreiungskampfe des Proletariats, Dein
Andenken wird uns unvergeßlich bleiben!

Zur Beachtung.

Das Gesuch in Nr. 44 und 45 des „S.D.“ ist erledigt, was wir allseits dankend berichten.

Expedition des „S.D.“

Sprechsaal.

Berichtigung und Warnung. Ihr „rother Geheimrat“ aus Süddeutschland (siehe Nr. 48, Seite 3) ist dahin zu berichtigen, daß unser Ex-Christian in der Regel keine Brille trägt und dunkle, aber jetzt grau melirte Haare hat. Der andere Wieder-mann heißt: v. Strauß und Tornay (nicht Tornow).

Gewarnt werden die Wiesbadener Genossen vor dem Schumacher und Schleifer Carl Häuser (Feldstraße 3). Derselbe ist der Spizelei bringend verdächtig.

Statur mittel, trägt Schnurrbart und ist an seiner gebrühten Haltung leicht kenntlich. Der Brillenmajor.

Briefkasten

der Redaktion: Einwendungen u. sind eingetroffen aus Breslau, Bukarest, London, Minden.

der Expedition: C. S. D.: Nr. 52 40 Ab. 4. Qu. erh. Abdr. gebrn. Hl. mehr. — S. D. S. G.: Nr. 2 75 Ab. Nr. 1. erh. — Breslau: Nr. 80 — f. d. allg. Wsd. bld. erh. — Stijts-Reppel: Nr. 5 — pr. Uld. bld. erh. — W. B.: Nr. 10 85 f. Schft. u. Archivisten bld. erh. — S. G. Magdeburg: Wir rufen nur Personen in P. A. n. gelegentlich auf. Annoncenblatt sind wir nicht. — Rote Feder: Nr. v. 4/12. kostet Fr. 2 — Strapporto. Wog 120 Gramm, war also schiffbar statt nur doppelt zu frankieren. Das sollten Sie doch endlich wissen! Belassen Ihnen Nr. 1 60. — Bukarest: Dank. Ist provisorisch besorgt. Weiteres nach Eing. d. Aufs. Hl. v. 3. erh. — L. J. Dr.: Besage besorgt. Besten außer 2. keine andere Abdr. Also sofort her mit Weiterem. — Journalist 2002: Nr. 2 65 à Sto Ab. erh. — J. L. Jwd.: Nr. — 40 f. Schft. erh. Edg. fort. — G. R. Lgmu.: Fr. 2 40 Ab. Dej. 86 u. 1. Qu. 87 erh. — Wolfenbüttel: Nr. 40 — erh. u. nach Vorschrift verm. Spjatt. später. — L. d. Vat. Anvers: Fr. 2 50 à Sto. gutgebr. Bilder f. Archiv bld. erh. Ebenso Führer. Hllg. folgt. Hl. mehr. — S. G. Hllg.: Fr. 1 — Ab. pr. Ende 86 pr. R. R. erh. — Hllg. H. B. R. Jug: Fr. 7 90 f. Schft. pr. R. R. erh. Dank für Bemühung. — Hllg.: Fr. 25 50 Ab. 4. Qu. erh. — Alter Sänder Sch.: Nr. 1 50 Rückvergütung f. Strapporto erh. Abfolution erh. wenn Sie erlöschenden Straßennamen weglassen! — S. R. H. St.: Nr. 4 40 Abon. 4. Qu. erh. Abdr. geändert. — Siegen: Nr. 10 — f. d. Hllg. Opfer bld. erh. — Der Alte H.: Nr. 27 85 Ab. 4. Qu. u. Schft. erh. Kor. fassit. — L. R. S. a. H.: Nr. 100 — à Sto Ab. u. pr. Anfg. Nov. gutgebr. — Rother Kessel: Gut. Weiteres am 6/12. Hll. — Plattfod: Jdd. Abdr. u. erh. Weiteres besorgt. — Wils-lard: Abdr. Hllg. stimmt. Betr. R. sind wir anderer Ansicht. Hll. Weiteres. — Großes Zuchtthaus: Hl. vom 3/12. am 6. beantw. — Hllg.: Nr. 105 — à Sto Ab. 4. Qu. erh. — Jürgeln: Sie selbst haben Abdr. 2. so vorgeschrieben. Uebrigens noch nicht benüht. Weiteres besorgt. — Saubirt: Hllg. folgt lt. Wunsch v. 1/12. — Clara: G. der nachrichtig. S. hat noch nichts berichtet. — Bierbach: Hllg. W. längst veranlagt. Weiteres folgt. — Rote Fahne: Unserseits stets mit 20. vorgeschrieben. Abdr. notirt. — J. Hessel, Kewport: Ihre „Erklärung“ ist eine Verdächtigung in 6 Punkten ohne kontrollirbare Beweisangabe. An unsere Selbstständigkeit appelliren und mit der gegenrührigen Presse drohen, ist ebenso naiv, wie Ihre Unter-schlagung u. mit „nicht immer ganz korrekt gehandelt“ zu umschreiben. Weiteres am 7/12. pr. R.

Festgeschenke!

Durch und ist zu beziehen:	Fr.	Mk.
Der deutsche Jugendklub. Gebunden	80	120
— Derselbe in Prachtband	150	120
Die Neue Welt 1876—1878. Pro Jahrgang brochirt	375	3
Jakob L., Es werde Licht (Poesten)	80	65
Kautsky A., Stephan vom Grillenhof. Roman. Prachtband	3	240
König Mannon und die Freiheit. Ein Bilder- buch mit Reimen	50	40
Liebknecht A., Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn	125	1
Fortwärts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk. Gebu- — Dasselbe. Prachtband mit Goldschnitt	450	350
	6	450

Sobald erschienen und ist durch uns zu beziehen:

Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft X. Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Von Ferd. Lassalle.
Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Heft I. Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Von Ferd. Lassalle.
Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Heft II. Karl Marx vor den Kölner Geschwornen. Prozeß gegen den Ausschuss der rheinischen Demokraten wegen Aufruf zum bewaffneten Widerstand.
Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Heft III. Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Dieckgen. Mit einem Vorwort und Nachtrag.
Preis: 15 Pf. — 15 Cts.

Heft IV. Enthüllungen über den kommunistischen Prozeß zu Köln. Von Karl Marx. (Mit einem Vorwort von Fr. Engels: „Zur Geschichte des „Bundes der Kommunisten“.)
Preis: 45 Pf. — 60 Cts.

Heft V. Unsere Ziele. Von A. Bebel.
Preis: 30 Pf. — 35 Cts.

Heft VI. Die schlesische Milliarde. Von Wilhelm Wolff. Mit einem Vorwort von Fr. Engels: Wolff's Biographie. Zur Geschichte der preussischen Bauern.
Preis: 35 Pf. — 40 Cts.

Heft VII. Sozialpolitische Vorträge von J. Dieckgen. (Inhalt: 1. Nationalökonomisches. 2. Die bürgerliche Gesellschaft.
Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Heft VIII.: Der todt Schutz gegen den lebenden Lassaile.
Preis: 40 Pf. — 50 Cts.

Heft IX. Der wirtschaftliche Materialismus nach den Anschauungen von Karl Marx. Von Paul La-fargue.
Preis: 25 Pf. — 30 Cts.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek“ werden erbeten. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

Verlagshandlung und Expedition des „Sozialdemokrat“
Göttingen-Zürich.